



62. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Gremium: **Hauptausschuss**
Sitzungstermin: **Mittwoch, 12.07.2017, 17:00 Uhr**
Ort, Raum: **R. 280 a, Stadthaus**

Nachtrags-Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**

- 2 **Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 28.06.2017**

- 3 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

- 3.1 **Rückführung der originalen Stadtschloßfiguren nach Potsdam**
17/SVV/0264 **Fraktion Bürgerbündnis-FDP**

- 3.2 **Potsdam seniorenerecht gestalten**
17/SVV/0452 **Fraktion CDU/ANW**

- 3.3 **Erhalt des ehemaligen Terrassenrestaurants "Minsk"**
17/SVV/0533 **Fraktion DIE LINKE**

- 4 **Mitteilungen der Verwaltung**

- 4.1 **Informationsveranstaltungen Potsdamer Mitte**
17/SVV/0591 **Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung**

- 4.2 **Tarifangelegenheiten der Klinikum Ernst von Bergmann gGmbH**

5 Sonstiges

Nicht öffentlicher Teil

- 6 Feststellung der nicht öffentlichen Tagesordnung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des nicht öffentlichen Teils der Sitzung vom 28.06.2017**
- 7 Vergabe von Aufträgen, hier: Templiner Straße
17/SVV/0598 Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
- 8 Einräumung von Kaufoptionen
17/SVV/0599 Oberbürgermeister, FB Recht, Personal und Organisation
- 9 Mitteilungen der Verwaltung**
- 9.1 Gesellschafterversammlung der ProPotsdam GmbH
17/SVV/0590 Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
- 10 Sonstiges**



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

17/SVV/0264

öffentlich

Betreff:

Rückführung der originalen Stadtschloßfiguren nach Potsdam

Einreicher: Fraktion Bürgerbündnis-FDP

Erstellungsdatum 15.03.2017

Eingang 922:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung Gremium

Zuständigkeit

05.04.2017

Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt:

1. Unverzüglich als Vertreter der Eigentümerin zu veranlassen, den möglicherweise nach wie vor bestehenden Leihvertrag zwischen der VPSG (ehemals Verwaltung der staatlichen Schlösser und Gärten Potsdam) mit der Verwaltung der Berliner Humboldt Universität durch die Leihgeberin aufzukündigen, da die Stadtschloßfiguren Eigentum der Stadt Potsdam sind.
2. Entsprechende Vereinbarungen mit der Leihnehmerin zu treffen, so dass die Figuren innerhalb eines Jahres nach Potsdam auf dessen Kosten im fachgerecht restaurierten Zustand nach Potsdam gebracht werden. Die in dem Leihvertrag vorgesehene Überwachung der ordnungsgemäßen Rückgabe der Figuren, sollen durchgeführt werden
3. Nach Wiederherstellung der 8 Originalfiguren des ehemaligen Stadtschlusses, sind diese dem Verein Potsdamer Stadtschloß e.V. zur Wiederaufstellung von zunächst 4 Figuren auf den Außenfassaden zur Verfügung zu stellen. Über den Verbleib und der Verwendung der übrigen 4 Statuen, wird zu einem späteren Zeitpunkt entschieden.

gez. Wolfhard Kirsch
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Die 8 Attikafiguren vom ehemaligen Stadtschloss gehören weder dem Land Berlin, noch der Humboldt-Universität Berlin.

Auf dem Stadtforum am 03.11.2016 erklärte der Oberbürgermeister, dass er mit den Stadtschlossfiguren nichts zu tun hat, da diese nicht der Stadt gehören würden. Diese Aussage ist nach unserer Auffassung falsch, da der Rat der Stadt Potsdam in der Ratssitzung vom 15.12.1959 beschloss, die Bergungskonzeption des Ministers für Kultur der DDR unter der Leitung von Prof.Dr. Deiters vom Institut für Denkmalpflege Berlin umzusetzen. Die geborgenen wertvollen Bestandteile (Figuren, Vasen etc.) sollten im Bereich der Staatlichen Schlösser und Gärten Potsdam-Sanssouci der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Der Rat der Stadt war für die Durchführung der Beseitigung der Stadtschloss-Ruine über den Rat des Bezirkes beauftragt. Dazu gehörte auch die bestätigte Bergungskonzeption. Mit der staatlichen Übertragung der Verfügungsgewalt zum Abriss ging eine Eigentumsübertragung der zu bergenden Gegenstände einher. Für das entstehende freie Grundstück des ehemaligen Stadtschlusses erfolgte auch eine entsprechende Eigentumsübertragung 1960 ins Kataster des Grundstücksplanes der Potsdamer-Mitte.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

- Änderungsantrag
 Ergänzungsantrag
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

17/SVV/0264

 öffentlich**Einreicher:** Bürgerbündnis-FDP**Betreff:** Rückführung der originalen Stadtschlossfiguren nach Potsdam

Erstellungsdatum 11.07.2017

Eingang 922:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
12.07.2017	Hauptausschuss		X
13.09.2017	Stadtverordnetenversammlung		X

Änderungs-/Ergänzungsvorschlag/ Neue Fassung

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt:

1. Unverzüglich als Vertreter der Eigentümerin zu veranlassen, den möglicherweise nach wie vor bestehenden Leihvertrag zwischen der VPSG (ehemals Verwaltung der staatlichen Schlösser und Gärten Potsdam) mit der Verwaltung der Berliner Humboldt Universität durch die Leihgeberin aufzukündigen, da die Stadtschlossfiguren Eigentum der Stadt Potsdam sind.
2. Entsprechende Vereinbarungen mit der Leihnehmerin zu treffen, so dass die Figuren innerhalb eines Jahres nach Potsdam auf dessen Kosten im fachgerecht restaurierten Zustand nach Potsdam gebracht werden. Die in dem Leihvertrag vorgesehene Überwachung der ordnungsgemäßen Rückgabe der Figuren, sollen durchgeführt werden
3. Nach Wiederherstellung der 8 Originalfiguren des ehemaligen Stadtschlusses, sind diese dem Verein Potsdamer Stadtschloss e.V. zur Wiederaufstellung von zunächst 4 Figuren auf den Außenfassaden zur Verfügung zu stellen. Über den Verbleib und der Verwendung der übrigen 4 Statuen, wird zu einem späteren Zeitpunkt entschieden.

Begründung:

Weil die Stadt Potsdam diejenige war, die die ganzen Abrissarbeiten organisiert hat und auch in allen Leihverträgen und Aufbewahrungsverträgen mit den damals staatlichen Schlösser und Gärten diejenige war, die den unmittelbaren Besitz an den Ruinenteilten ausgeübt hat, sprich § 1006 BGB für die Stadt als Eigentümerin, wenn nicht schon durch den Abriss durch die Stadt sie als Abrissunternehmerin Eigentümerin geworden ist.

Die Potsdamer Stadtschlossfiguren waren bereits mit Datum vom 20.01.1977 mit der

Kreisdenkmalliste, im Kapitel 6, „Denkmale der bildenden Kunst und des Kunsthandwerkes“, unter der Nr. 6.2., „Baufragmente, Giebelrelief des Stadtschlusses (das Friedensopfer) Heymüller, 1751, Kapitelle und Puttengruppen“, als Schutzgut ausgewiesen.

Weiterhin ist festzustellen, dass die Figuren nicht in der Denkmalliste des Landes Berlin eingetragen sind und diese somit keinen Schutz besitzen, was das Denkmalsrecht des Landes Berlin betrifft..

Auch aus diesem Grund sind die Stadtschlossfiguren zurück zu führen.

gez. Wolfhard Kirsch
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

17/SVV/0452

öffentlich

Betreff:

Potsdam seniorengerecht gestalten

Einreicher: Fraktion CDU/ANW

Erstellungsdatum 16.05.2017

Eingang 922:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung

Gremium

Zuständigkeit

07.06.2017

Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Auf der Homepage der Landeshauptstadt Potsdam ist zum Seniorenplan zu lesen: "Als nicht planbare Verzögerung hat sich im Verlauf des Jahres 2014 die Frage der Unterbringung von Flüchtlingen ergeben, die in der Zuständigkeit des gleichen Fachbereichs liegt."

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt gemäß unseres Leitbilds für die Stadt Potsdam unter Einbeziehung der relevanten Gruppen und Einrichtungen das Konzept auf einer aktuellen Basis so weiter zu entwickeln, das es dem zunehmenden Seniorenanteil unserer Bevölkerung Rechnung trägt und deren Lebensqualität sichert. Dazu zählen insbesondere folgende Bereiche:

- Gestaltung des öffentlichen Raums und der öffentlichen Gebäude
- seniorengerechter ÖPNV
- Sicherheit für Senioren
- ausreichende Alltagsangebote für Senioren in den Stadtteilen und dem ländlichen Raum (Freizeit, Kultur und Bildung)
- Informations- und Beratungsdienste, die im Alter Bedeutung haben
- Wohnen und Wohnformen im Alter
- Gesellschaftliche Teilhabe und bürgerschaftliches Engagement
- Ambulante Haushalts-, Unterstützungs- und Pflegedienste
- Teilstationäre und stationäre Einrichtungen und Dienste der Altenhilfe
- Organisatorische Verankerung der Altenhilfe in den gesamtstädtischen Abstimmungs- und Koordinationsstrukturen
- Prüfung präventiver Hausbesuche bei älteren Menschen mit Information zu Hilfe-, Pflege- und Unterstützungsangeboten der Stadt Potsdam

gez.

Fraktionsvorsitzende/r

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung

Die Bevölkerung wird älter und die Anzahl der in Potsdam lebenden Senioren nimmt zu und wird weiter zunehmen. Ältere Menschen sind keine Last, sondern ein Gewinn für die Gesellschaft. Sie tragen wesentlich dazu bei, die Herausforderungen der aktuell erforderlichen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Erneuerung sowie des demographischen Wandels zu bewältigen. Sie stellen nicht das Problem dar, sondern sind - wenn man ihre Potentiale richtig einsetzt - Teil der Lösung. Es muss gelingen, die Rolle der älteren Generation neu zu bestimmen und ihre Einbindung bei der Gestaltung der gesellschaftlichen Zukunft als Lösungsansatz zu nutzen.

Die Kompetenzen, Fähigkeiten und Beiträge älterer Menschen in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik müssen erkannt, gefördert, genutzt und gewürdigt werden. Es geht darum, ihnen konkrete Chancen zu eröffnen. Die Möglichkeit, ein aktives Leben in Gemeinschaft zu führen, dient dem Einzelnen und dem Gemeinwesen.

Die Voraussetzungen für ein selbständiges und selbstbestimmtes Leben in allen Lebensphasen sind zu bewahren bzw. neu zu gestalten. Eine Gesellschaft im Wandel muss ihre Entwicklungsangebote allen Bürgern zur Verfügung stellen, dies gilt auch für Bildungs-, Berufs-, und Betätigungsangebote für ältere Menschen. Persönliche Weiterentwicklung und sozialer, kultureller und technischer Fortschritt gehen Hand in Hand. Lebenslanges Lernen ist die Voraussetzung für die Teilhabe am modernen Leben. Eine menschliche und gerechte Gesellschaft sucht den Ausgleich von Interessen. Die Lebensbedingungen von Älteren müssen berechenbar und stabil sein. Das darf aber nicht zu untragbaren Einschränkungen der Lebensmöglichkeiten der Jüngeren führen. Bei der Prüfung präventiver Hausbesuche ist das in der Stadt Ulm genutzte Modell einzubeziehen. Bei der Prüfung der Beratungsstelle ist die Nutzung der Referenzdatenbank „Wegweiser Alter und Technik“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung einzubeziehen.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

- Änderungsantrag
 Ergänzungsantrag
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

17/SVV/0452

 öffentlichEinreicher: **Fraktion CDU/ANW**Betreff: **Potsdam seniorengerecht gestalten**

Erstellungsdatum 25.07.2017

Eingang 922:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
05.09.17	GSI		X
06.09.17	HA		X
			X
			X

Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Der auf der Homepage der Landeshauptstadt Potsdam veröffentlichte Seniorenplan 2016 hatte im Juli 2016 Redaktionsschluß. Inzwischen liegen der 7. Altenbericht der Bundesregierung, mit dem Schwerpunktthema „Sorge und Mitverantwortung in der Kommune – Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften“, Erkenntnisse und Empfehlungen des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie Forderungen der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren Organisationen vor.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, die Erkenntnisse und Empfehlungen aus den genannten Unterlagen bei der Überarbeitung des Potsdamer Seniorenplans zu berücksichtigen und darzustellen, wie diese eingeflossen sind.

Darüber hinaus ist zu prüfen:

ob – wie in anderen Städten erfolgreich praktiziert - präventive Hausbesuche bei älteren Menschen kombiniert mit Information zu Hilfe-, Pflege- und Unterstützungsangeboten der Stadt Potsdam eingeführt werden kann.

wie eine Beratungsstelle für Senioren zur Thematik „Besser Leben im Alter durch Technik“ realisiert werden kann.

Einflußnahme auf - und Zusammenarbeit mit den Potsdamer Wohnungsgenossenschaften, dass bei Sanierungen und Modernisierungen insbesondere von kleinen Genossenschaftswohnungen diese seniorengerecht ausgeführt werden.

Aufnahme beim Punkt Vorsorge als weitere regelmäßige Prävention von Osteoporose - Knochendichtemessungen (insbes. bei Seniorinnen) sowie Krebsvorsorge/Darmkrebs - Koloskopie.

Begründung

Die Bevölkerung wird älter und die Anzahl der in Potsdam lebenden Senioren nimmt zu und wird weiter zunehmen. Ältere Menschen sind keine Last, sondern ein Gewinn für die Gesellschaft. Sie tragen wesentlich dazu bei, die Herausforderungen der aktuell erforderlichen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Erneuerung sowie des demographischen Wandels zu bewältigen. Sie stellen nicht das Problem dar, sondern sind - wenn man ihre Potentiale richtig einsetzt - Teil der Lösung. Es muss gelingen, die Rolle der älteren Generation neu zu bestimmen und ihre Einbindung bei der Gestaltung der gesellschaftlichen Zukunft als Lösungsansatz zu nutzen.

Die Kompetenzen, Fähigkeiten und Beiträge älterer Menschen in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik müssen erkannt, gefördert, genutzt und gewürdigt werden. Es geht darum, ihnen konkrete Chancen zu eröffnen. Die Möglichkeit, ein aktives Leben in Gemeinschaft zu führen, dient dem Einzelnen und dem Gemeinwesen.

Die Voraussetzungen für ein selbständiges und selbstbestimmtes Leben in allen Lebensphasen sind zu bewahren bzw. neu zu gestalten. Eine Gesellschaft im Wandel muss ihre Entwicklungsangebote allen Bürgern zur Verfügung stellen, dies gilt auch für Bildungs-, Berufs-, und Betätigungsangebote für ältere Menschen. Persönliche Weiterentwicklung und sozialer, kultureller und technischer Fortschritt gehen Hand in Hand. Lebenslanges Lernen ist die Voraussetzung für die Teilhabe am modernen Leben. Eine menschliche und gerechte Gesellschaft sucht den Ausgleich von Interessen. Die Lebensbedingungen von Älteren müssen berechenbar und stabil sein. Das darf aber nicht zu untragbaren Einschränkungen der Lebensmöglichkeiten der Jüngeren führen.

Bei der Prüfung präventiver Hausbesuche ist das in der Stadt Ulm genutzte Modell einzubeziehen.

Bei der Prüfung der Beratungsstelle ist die Nutzung der Referenzdatenbank „Wegweiser Alter und Technik“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung einzubeziehen.

Der aktuelle Senioreplan der Stadt Potsdam soll die neuesten Erkenntnisse und Empfehlungen berücksichtigen und Potsdam für die ältere Generation attraktiv und lebenswert erhalten.

gez. M. Finken
Fraktionsvorsitzender
CDU/ANW Fraktion

Unterschrift



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

17/SVV/0533

öffentlich

Betreff:

Erhalt des ehemaligen Terrassenrestaurants "Minsk"

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Erstellungsdatum 14.06.2017

Eingang 922:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
05.07.2017	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, bei der bevorstehenden Veräußerung des Grundstücks oberhalb der Max-Planck-Straße dafür Sorge zu tragen, dass die mit dem Bebauungsplan gegebenen Möglichkeiten für den Erhalt des Gebäudes des ehemaligen Terrassenrestaurants „Minsk“ ausgeschöpft werden und bei der Vergabeentscheidung entsprechende Berücksichtigung finden können.

gez. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgebblätter beifügen

Begründung:

Das Gebäude des ehemaligen Terrassenrestaurants „Minsk“ ist als architektonisches Unikat prägend für die Ansicht des Brauhausbergs. Es ist Teil der Architekturgeschichte der Stadt, mit dem sich viele Erinnerungen der Potsdamerinnen und Potsdamer und von Gästen der Stadt verbinden. Das Gebäude befindet sich in einem Zustand, der eine Sanierung und Weiternutzung ermöglicht. Es gibt verschiedene Interessenbekundungen, die eine Sanierung realistisch erscheinen lassen. Deshalb sollte bei der jetzt anstehenden Verwertung des Grundstücks die Option des Erhalts einen hohen Stellenwert haben.



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

Mitteilungsvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

17/SVV/0591

Betreff:
Informationsveranstaltungen Potsdamer Mitte

öffentlich

bezüglich
DS Nr.: 17/SVV/0289, 17/SVV/0476

Erstellungsdatum 29.06.2017

Eingang 922: 29.06.2017

Einreicher: FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung

Gremium

05.07.2017 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Inhalt der Mitteilung:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

Bisherige Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Die Potsdamer Mitte stellt einen Schwerpunkt der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit dar. Zum Sanierungsgebiet „Potsdamer Mitte“ entstanden in den letzten Jahren zahlreiche Publikationen und Beiträge. Seit 2001 veröffentlichte die Landeshauptstadt Potsdam gemeinsam mit der Sanierungsträger Potsdam GmbH fünf mehrseitige A4-Broschüren. Die aktuellste Auflage (2015) ist online verfügbar. Seit 2007 wird jedes Jahr mit einem Faltblatt (gedruckt und online) über Erreichtes, Aktuelles und künftige Entwicklungen und Prozesse in der „Potsdamer Mitte“ informiert. Die kostenlose Publikation ist deutsch und englisch verfügbar. Anlassbezogen informieren zudem die Pressestellen der Landeshauptstadt Potsdam und der Sanierungsträger Potsdam GmbH über einzelne Projekte im Sanierungsgebiet. Alle verfügbaren Informationen sind auf den Internetseiten www.potsdamermittle.de und www.potsdam.de/potsdamer-mitte aktuell abrufbar.

Mit dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur „Planungswerkstatt Potsdamer Mitte“ 2006 ist der Beginn der Vorbereitung des Abrisses des Fachhochschulgebäudes dokumentiert und wurde seither kontinuierlich durch Planungen und Beschlüsse vorangetrieben.

Im Rahmen der Lustgartenwerkstatt 2013/2014 wurden zusätzliche Informations- und Diskussionsmöglichkeiten geschaffen. Entsprechend der Stufen des Verfahrens wurde die interessierte Öffentlichkeit durch öffentliche Veranstaltungen, eine rote Info-Box und eine eigens eingerichtete Internetseite (www.werkstatt-lustgarten.de) informiert.

Fortsetzung auf Seite 3

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

Das **Formular** „Darstellung der finanziellen Auswirkungen“ ist als **Pflichtanlage** beizufügen.

Fazit finanzielle Auswirkungen:

Die Finanzierung der Bürgerinformation und Bürgerbeteiligung erfolgt aus dem Treuhandvermögen der Sanierungsmaßnahme nach den Maßgaben des BauGB und der Städtebauförder-RL des Landes Brandenburg. Die verfügbaren Mittel sind demzufolge begrenzt.

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4

Geplante Öffentlichkeitsarbeit und Information:

Seit der Fertigstellung des ersten Teils der Haveluferbebauung 2016 sowie mit dem für Herbst 2017 angekündigten Beginn des Abrisses des FHP-Gebäudes ist das öffentliche Interesse an der „Potsdamer Mitte“ spürbar gestiegen. Die Öffentlichkeitsarbeit für die Entwicklungen in der „Potsdamer Mitte“ wird ab dem 2. Halbjahr 2017 wie folgt ausgeweitet:

Nach Vorliegen des Abbruchkonzepts finden im Juli und August 2017 Abstimmungen für die institutionellen Anlieger und Immobilienbesitzer in unmittelbarer Nachbarschaft zum FH-Gebäude statt. Diese sind:

- Landtag
- Nikolaikirche
- Bildungsforum
- Filmmuseum
- Am Alten Markt 10
- Gebäude in der Friedrich-Ebert-Straße.

Die Kultureinrichtungen und touristischen Leistungsträger, die in der AG Potsdamer Mitte (unter der Federführung des Bereichs Marketing) zusammenwirken, werden über die ersten Abstimmungen hinaus innerhalb eines Treffens im September 2017 über die Planungen informiert.

Für die interessierte Öffentlichkeit wird es in der ersten Septemberhälfte (nach den Sommerferien) eine öffentliche Informationsveranstaltung geben. Dort werden der Ablauf des Abbruchs sowie dessen Auswirkungen auf das Leben im Quartier vorgestellt. Zudem wird es Raum für Rückfragen geben, um Fragen der Anlieger zu erörtern. Direkt betroffene Anwohner, u.a. die Mieter des Hauses Alter Markt 10, werden durch Postwurfsendungen eingeladen. Des Weiteren wird über die örtlichen Medien sowie Soziale Medien für die Veranstaltung geworben.

Ab Herbst 2017 wird in Vorbereitung der Abbrucharbeiten großräumig ein Bauzaun installiert. Ein Teil der Flächen des Bauzaunes wird für Informationen über die Planungen in der „Potsdamer Mitte“ genutzt.

Für das Areal „Alter Markt/Schloßstraße“ wird eine mit Fachleuten sowie mit Vertretern der Stadtverordnetenversammlung und der Verwaltung der Landeshauptstadt Potsdam besetzte Auswahlkommission die indikativen Angebote auswählen. Die Vergabeempfehlung ist für Januar 2018 vorgesehen.

Um die interessierte Öffentlichkeit darüber hinaus und begleitend zu Medienarbeit und Kommunikation via Internet gezielt über die weiteren Planungen und die Ergebnisse der Ausschreibungen zu informieren, ist geplant, die rote Infobox in der „Potsdamer Mitte“ erneut aufzustellen. Dort werden auch die ausgewählten Entwürfe zu sehen sein. Außerdem werden dort themenbezogene Informations- und Diskussionsveranstaltungen angeboten. Damit steht den Bürgerinnen und Bürgern ein zentraler Anlauf- und Informationspunkt vor Ort zur Verfügung, der zudem Raum und Zeit für individuelle Gespräche bietet. Der Bauantrag wird derzeit vorbereitet.

Beteiligung bei der weiteren Entwicklung

Das Sanierungsgebiet „Potsdamer Mitte“ wurde 1999 festgesetzt. Seither wurden die ursprünglichen Sanierungsplanungen durch Fachexpertisen, Werkstattverfahren, Workshops, öffentliche Diskussionen, etc. fortlaufend besprochen, hinterfragt, diskutiert und angepasst. In diesen zahlreichen sich überlagernden und teils über Jahre laufenden Prozessen wurden die Sanierungsziele für alle Teilbereiche der „Potsdamer Mitte“ (mit Ausnahme der Perspektive des Wohnhauses Alter Markt 10) konkretisiert und durchgängig durch Mehrheitsbeschlüsse der demokratisch legitimierten Stadtverordnetenversammlung bestätigt. Damit verbunden war und ist ein erheblicher Einsatz öffentlicher Ressourcen auf allen Ebenen.

Bei dem Stand der Verfahren in allen Teilräumen konzentrieren sich die weiteren Maßnahmen auf die Umsetzung der von der SVV beschlossenen Sanierungsziele, wie die Vergabe- und Auswahlverfahren der Grundstücke in den Blöcken III und IV, die vorlaufenden Ordnungsmaßnahmen

und die Baulogistik. Für die Plantage werden im Ergebnis des Beteiligungsverfahrens und des Wettbewerbes die bauliche Umsetzung des 1. Abschnittes der Platzgestaltung und (zeitversetzt) der Abbruch der Rechnerhalle vorbereitet. In diesen Prozessen ist eine „echte“, d.h. auf aktives Einwirken zielende Bürgerbeteiligung mit Entscheidungskompetenz, nicht möglich.

Insofern schlägt die Verwaltung vor, insbesondere zusätzliche Mittel für die rote Infobox aufzuwenden, um in der „Potsdamer Mitte“ über einen längeren Zeitraum einen Anlaufpunkt für projektbezogene und individuelle Informationen über die weitere Entwicklung anbieten zu können.

Soweit sich über den jetzigen Kenntnisstand hinaus Entwicklungen ergeben, die eine „echte“ Bürgerbeteiligung nahelegen (vergleichbar der Vorbereitung des Wettbewerbs Plantage) wird die Verwaltung in Abstimmung mit dem Büro für Bürgerbeteiligung die Intention des Beschlusses 17/SVV/0289 aufgreifen.



Niederschrift 62. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin: Mittwoch, 12.07.2017
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 18:59 Uhr
Ort, Raum: R. 280 a, Stadthaus

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Matthias Finken	CDU/ANW	Sitzungsleitung
Herr Burkhard Exner	Bürgermeister	Vertretung für Herrn Jann Jakobs, Oberbürgermeister

Ausschussmitglieder

Herr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg	DIE LINKE
Frau Dr. Karin Schröter	DIE LINKE
Herr Pete Heuer	SPD
Frau Anke Michalske-Acioglu	SPD
Herr Peter Schultheiß	SPD
Herr Horst Heinzl	CDU/ANW
Frau Janny Armbruster	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Peter Schüler	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Eric Blume	DIE aNDERE
Herr Wolfhard Kirsch	Bürgerbündnis-FDP
Herr Dennis Hohloch	AfD

stellv. Ausschussmitglieder

Frau Jana Schulze	DIE LINKE
Herr Stefan Wollenberg	DIE LINKE
Herr David Kolesnyk	SPD
Frau Dr. Uta Wegewitz	SPD

Nicht anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Jann Jakobs	Oberbürgermeister	entschuldigt
------------------	-------------------	--------------

Ausschussmitglieder

Frau Birgit Müller	DIE LINKE	entschuldigt
--------------------	-----------	--------------

Frau Dr. Sigrid Müller	DIE LINKE	entschuldigt
Herr Marcus Krause	SPD	entschuldigt
Herr Kai Weber	SPD	entschuldigt
Herr Günter Anger	CDU/ANW	entschuldigt

Schriftführer:

Martin Mehlis, Büro der Stadtverordnetenversammlung

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung

- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
28.06.2017

- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 3.1 Rückführung der originalen Stadtschloßfiguren nach Potsdam
Vorlage: 17/SVV/0264
Fraktion Bürgerbündnis-FDP
 - 3.2 Potsdam seniorengerecht gestalten
Vorlage: 17/SVV/0452
Fraktion CDU/ANW
 - 3.3 Erhalt des ehemaligen Terrassenrestaurants "Minsk"
Vorlage: 17/SVV/0533
Fraktion DIE LINKE

- 4 Mitteilungen der Verwaltung
 - 4.1 Informationsveranstaltungen Potsdamer Mitte
Vorlage: 17/SVV/0591
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
 - 4.2 Tarifangelegenheiten der Klinikum Ernst von Bergmann gGmbH

- 5 Sonstiges

Nicht öffentlicher Teil

- 6 Feststellung der nicht öffentlichen Tagesordnung / Entscheidung über
eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des nicht öffentlichen Teils
der Sitzung vom 28.06.2017

- 7 Vergabe von Aufträgen, hier: Templiner Straße
Vorlage: 17/SVV/0598
Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
- 8 Einräumung von Kaufoptionen
Vorlage: 17/SVV/0599
Oberbürgermeister, FB Recht, Personal und Organisation
- 9 Mitteilungen der Verwaltung
- 9.1 Gesellschafterversammlung der ProPotsdam GmbH
Vorlage: 17/SVV/0590
Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
- 10 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Herr Finken eröffnet in Vertretung des Oberbürgermeisters die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 28.06.2017

Herr Finken stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 15 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Hinsichtlich der vorliegenden öffentlichen Tagesordnung schlägt er folgende Änderungen vor:

Zurückzustellen ist:

- der Tagesordnungspunkt 3.2., **Potsdam seniorengerecht gestalten**, DS **17/SVV/0452**, da das Votum des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr fehlt.

Änderungen in der Reihenfolge:

- Der Tagesordnungspunkt 4.2, **Tarifangelegenheiten der Klinikum Ernst von Bergmann gGmbH**, wird vor dem Tagesordnungspunkt 4.1, **Informationsveranstaltungen Potsdamer Mitte**, behandelt.

Zu ergänzen ist:

- Unter **5.**, **Sonstiges**, sollen die Themen **Ärztehaus Babelsberg** –

Strahleninstitut; Inhalte des Demonstrationstrainings im Freiland Potsdam und Verständigung zum weiteren Vorgehen bei der Umsetzung des gefassten Beschlusses zur Biosphäre (DS 17/SVV/0370) behandelt werden.

Rederechte:

- Zum Thema **Inhalte des Demonstrationstrainings im Freiland Potsdam** werden Rederechte für **Herrn Dirk Harder** von der Cultus UG, Betreiber des Freilands, und für **Frau Jane Baneth** von der Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken Brandenburg beantragt. Beide Anträge auf Rederecht werden gemeinsam zur Abstimmung gestellt:

Abstimmung:

einstimmig angenommen.

Gegen diese Änderungen in der Tagesordnung erhebt sich kein Widerspruch.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Die Niederschrift des öffentlichen Teils der 60. Sitzung des Hauptausschusses vom 28.06.2017 und die Niederschrift des öffentlichen Teils der 61. außerordentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 04.07.2017 liegen noch nicht vor. Die Abstimmung der genannten Niederschriften soll in der 63. Sitzung des Hauptausschusses am 06.09.2017 erfolgen.

zu 3 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

zu 3.1 **Rückführung der originalen Stadtschloßfiguren nach Potsdam**

Vorlage: 17/SVV/0264

Fraktion Bürgerbündnis-FDP

Herr Kirsch bringt die neue Fassung des Antrags der Fraktion Bürgerbündnis-FDP vom 11.07.2017 ein und verliest den aktualisierten Antragstext.

Anschließend weist Frau Krusemark, Leiterin des Fachbereichs Recht, Personal und Organisation, darauf hin, dass die rechtliche Einschätzung der Verwaltung zum Sachverhalt bereits vorläge und auch die eingebrachte neue Fassung des Antrags nichts an dieser Einschätzung ändere.

Herr Schüler wirft ein, dass er die Argumentation der Antragstellenden nicht nachvollziehen könne. Die Klärung, wer Eigentümerin der Stadtschloßfiguren ist, sei auch in der neuen Fassung des Antrags nicht zufriedenstellend dargelegt.

Herr Heuer fragt, in wie fern das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB) für diesen Sachverhalt überhaupt „zuständig“ sei. Frau Krusemark antwortet, dass das BGB gelte. Sie geht weiter darauf ein, dass eventuelle Eigentumsansprüche mittlerweile verjährt wären, wenn die Landeshauptstadt Potsdam Eigentümerin der Stadtschloßfiguren wäre.

Herr Dr. Scharfenberg sagt, dass er wenig Chancen für eine erfolgreiche Rückführung der Stadtschloßfiguren sehe. Er weist weiter darauf hin, dass die Verwaltung „Wichtigeres“ zu tun habe und der Antrag nicht zielführend sei.

Nach einer kurzen Diskussion zur Wortwahl im Antrag, wird dieser in der neuen Fassung der Fraktion Bürgerbündnis-FDP vom 11.07.2017 zur Abstimmung gestellt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt:

1. Unverzüglich als Vertreter der Eigentümerin zu veranlassen, den möglicherweise nach wie vor bestehenden Leihvertrag zwischen der VPSG (ehemals Verwaltung der staatlichen Schlösser und Gärten Potsdam) mit der Verwaltung der Berliner Humboldt Universität durch die Leihgeberin aufzukündigen, da die Stadtschlossfiguren Eigentum der Stadt Potsdam sind.
2. Entsprechende Vereinbarungen mit der Leihnehmerin zu treffen, so dass die Figuren innerhalb eines Jahres nach Potsdam auf dessen Kosten im fachgerecht restaurierten Zustand nach Potsdam gebracht werden. Die in dem Leihvertrag vorgesehene Überwachung der ordnungsgemäßen Rückgabe der Figuren, sollen durchgeführt werden
3. Nach Wiederherstellung der 8 Originalfiguren des ehemaligen Stadtschlusses, sind diese dem Verein Potsdamer Stadtschloss e.V. zur Wiederaufstellung von zunächst 4 Figuren auf den Außenfassaden zur Verfügung zu stellen. Über den Verbleib und der Verwendung der übrigen 4 Statuen, wird zu einem späteren Zeitpunkt entschieden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 1
Ablehnung: 11
Stimmhaltung: 3

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung den Antrag **abzulehnen**.

zu 3.2 Potsdam seniorengerecht gestalten

Vorlage: 17/SVV/0452

Fraktion CDU/ANW

zurückgestellt – Votum des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr fehlt (im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr zurückgestellt bis 14.11.2017)

zu 3.3 Erhalt des ehemaligen Terrassenrestaurants "Minsk"

Vorlage: 17/SVV/0533

Fraktion DIE LINKE

Herr Dr. Scharfenberg bringt den Antrag ein und merkt an, dass das Grundstück, auf dem sich das ehemalige Terrassenrestaurant Minsk befindet, verkauft werden solle, um den Neubau des Bades „blu“ auf dem Brauhausberg zu finanzieren. Der Option, das Minsk beim Verkauf zu erhalten, solle mit dem vorliegenden Antrag eine hohe Priorität verliehen werden.

Herr Jetschmanegg, Leiter des Fachbereichs Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung, entgegnet, dass die Option der Erhaltung des Minsk bereits

vorgesehen sei. Ein Beschluss des Antrages sei aus seiner Sicht deshalb nicht notwendig.

Herr Kirsch fordert, dass der Antrag präzisiert werden müsse. Nur bei wirtschaftlich gleichwertigen Kaufangeboten für das Grundstück, solle das Angebot bevorzugt werden, welches die Erhaltung des Minsk vorsehe.

Herr Exner stellt ebenfalls die Frage, ob später das wirtschaftlich beste Angebot oder das Angebot, welches den Erhalt des Minsk vorsehe, den Zuschlag erhalten solle. Er weist darauf hin, dass die Kosten für das „blu“ nicht geringer geworden seien und aus seiner Sicht deshalb der Verkauf des Grundstücks zum Höchstgebot wünschenswert sei.

Herr Heinzel schließt sich den Worten von Herrn Jetschmanegg an und führt weiter aus, dass die Erhaltung des Minsk keine Priorität haben solle.

Herr Schüler weist darauf hin, dass die Klausel für die Erhaltung des Minsk erst durch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Bebauungsplan verankert worden sei. Das Minsk sei erhaltungswürdig, der Beschluss jedoch nicht zwingend erforderlich. Er weist auch darauf hin, dass ein Verkauf zum Höchstgebot nicht immer die beste Alternative sei.

Herr Dr. Scharfenberg wirbt noch einmal für den Antrag. Er sagt, dass die Stadtverordneten entscheiden, ob das Minsk erhalten werde oder nicht. Herr Dr. Scharfenberg führt aus, dass der Landessportbund bereit gewesen wäre, das Minsk zu übernehmen.

Herr Heuer geht mit dem Vorschlag zur Erhaltung des Minsk mit, dämpft aber die Erwartungen an eine positive Lösung.

Herr Finken stellt anschließend folgenden **Änderungsantrag**:

*Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, bei der bevorstehenden Veräußerung des Grundstücks oberhalb der Max-Planck-Straße dafür Sorge zu tragen, dass die mit dem Bebauungsplan gegebenen Möglichkeiten für den Erhalt des Gebäudes des ehemaligen Terrassenrestaurants „Minsk“ **ausgeschöpft berücksichtigt** werden und bei der Vergabeentscheidung, **unter Beachtung der Vorgaben für die Refinanzierung des Bades**, entsprechende Berücksichtigung finden können.*

Abstimmung:

Zustimmung:	9
Ablehnung:	8
Stimmenthaltung:	0

Herr Dr. Scharfenberg stellt einen **Ergänzungsantrag**. Folgender Satz soll am Ende des Antrags ergänzt werden:

Die Ergebnisse der Ausschreibung werden dem Hauptausschuss vor Zuschlagserteilung vorgelegt.

Abstimmung:

einstimmig **angenommen**.

Der so geänderte Antrag wird zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, bei der bevorstehenden Veräußerung des Grundstücks oberhalb der Max-Planck-Straße dafür Sorge zu tragen, dass die mit dem Bebauungsplan gegebenen Möglichkeiten für den Erhalt des Gebäudes des ehemaligen Terrassenrestaurants „Minsk“ **ausgeschöpft berücksichtigt** werden und bei der Vergabeentscheidung, **unter Beachtung der Vorgaben für die Refinanzierung des Bades**, entsprechende Berücksichtigung finden können. **Die Ergebnisse der Ausschreibung werden dem Hauptausschuss vor Zuschlagserteilung vorgelegt.**

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 4 **Mitteilungen der Verwaltung**

zu 4.1 **Informationsveranstaltungen Potsdamer Mitte**

Vorlage: 17/SVV/0591

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr Dr. Scharfenberg fragt, wie die Information und Einbeziehung der Bewohner des Hauses „Am alten Markt 10“ erfolgen solle und fordert eine „direkte Kommunikation“. Er schlägt vor, geplante Mieterhöhungen nicht zu vollziehen. Die Mitteilungsvorlage sei zu allgemein gehalten.

Herr Kirsch antwortet, dass das Objekt durch die ProPotsdam GmbH verwaltet werde und diese eine vorbildliche Mieterinformation betreibe.

Herr Heuer wirft ein, dass er keine Baubegleitung im Hauptausschuss wünscht. Es entwickelt sich eine kontroverse Diskussion über das Management der Baustelle.

Herr Rubelt weist darauf hin, dass die betroffenen Mieterinnen und Mieter direkt zu geplanten Informationsveranstaltungen eingeladen werden. Das konkrete Abbruchkonzept für die benachbarte Fachhochschule werde erst Ende Juli vorliegen. Die Information dazu soll sorgfältig erfolgen.

Die Mitteilungsvorlage wird im Anschluss zur Kenntnis genommen.

zu 4.2 **Tarifangelegenheiten der Klinikum Ernst von Bergmann gGmbH**

Herr Grebner, Vorsitzender der Geschäftsführung des Klinikums Ernst von Bergmann, spricht über die Anhebung der Vergütung der nichtärztlichen Mitarbeitenden und verteilt dazu ein Handout sowie eine Mitteilung für die anwesenden Pressevertreter. Er geht auf die Hintergründe der Anhebung ein und weist darauf hin, dass die Konditionen für die Mitarbeitenden jetzt die gleichen seien, wie im Klinikum Brandenburg. Der Betriebsrat des Klinikums Ernst von Bergmann habe die Anhebung der Vergütung positiv zur Kenntnis genommen.

Herr Dr. Scharfenberg weist auf die Demonstration der Angestellten des Klinikums Ernst von Bergmann am 05.07.2017 vor dem Rathaus hin. Die

Demonstration habe gezeigt, dass der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung aus dem Jahr 2011 noch nicht umgesetzt sei. Es sei ein Tarifvertrag für den Gesamtkonzern gefordert. Er fragt, bis wann dieser umgesetzt werde und ob im Klinikum ein hoher Krankenstand herrsche.

Herr Grebner antwortet, dass das Klinikum abhängig von den erzielten Erlösen sei. Andere Krankenhäuser bekämen mehr Geld für die gleichen Leistungen. Bezüglich des Tarifvertrags sagt er, dass die Gewerkschaften aktuell nicht verhandeln wollen. Die Tarifsituation stelle sich in anderen Krankenhäusern unterschiedlich dar. Es sei keine Aussage zur zeitlichen Umsetzung möglich.

Frau Armbruster fragt noch einmal nach dem Krankenstand und ob es einen Personalnotstand gebe. Herr Grebner antwortet, dass sich der Krankenstand im Vergleich zu anderen Krankenhäusern im unteren Drittel befände. Aktuell seien in der Pflege 35 von 1200 Stellen nicht besetzt. Im ärztlichen Bereich gebe es ebenfalls keinen Mangel.

Herr Schubert, Beigeordneter des Geschäftsbereichs Soziales, Jugend, Gesundheit und Ordnung schlägt vor, die Wünsche der Mitarbeitenden des Klinikums, die während der Demonstration am 05.07.2017 vor dem Rathaus übergeben wurden, nach der Sommerpause noch einmal im Hauptausschuss zu behandeln. Ebenfalls solle inhaltlich aufgearbeitet werden, was ein Tarifvertrag für den Gesamtkonzern finanziell bedeuten würde.

Herr Dr. Scharfenberg fordert, dass der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung von 2011 weiter begleitet werden müsse. Dem Vorschlag von Herrn Schubert könne er folgen.

Herr Grebner macht deutlich, dass das Klinikum Ernst von Bergmann die besten Löhne in Brandenburg zahle. Er weist darauf hin, dass auch die Mitgesellschafter miteinbezogen werden müssten.

Die Mitteilung wird **zur Kenntnis genommen**.

zu 5 Sonstiges

Ärztehaus Babelsberg – Strahleninstitut

Herr Schubert, Beigeordneter des Geschäftsbereichs Soziales, Jugend, Gesundheit und Ordnung, berichtet von einem Gespräch, das er mit den Mieterinnen und Mietern des Ärztehauses Babelsberg geführt hat. Bei den ansässigen Ärztinnen und Ärzten herrsche Unsicherheit bezüglich der weiteren Nutzung des Objekts. Die Landeshauptstadt Potsdam (LHP) habe sich deshalb mit einem Brief an den neuen Eigentümer des Ärztehauses gewandt und Gesprächsbedarf seitens der LHP deutlich gemacht.

Herr Exner macht deutlich, dass es seitens LHP kein Vorkaufsrecht für das Gebäude gegeben und auch keine andere Option zur Übernahme des Gebäudes durch die Stadt bestanden habe.

Herr Wollenberg weist darauf hin, dass das Ärztehaus eine wesentliche Infrastruktureinrichtung in Babelsberg sei. Er fragt nach, wann der Verkauf des Gebäudes der LHP bekannt gewesen sei und warum dieser nicht öffentlich gemacht wurde.

Herr Kirsch sagt, dass bei einem Wegfall des Objekts als Ärztehaus ein Alternativstandort gesucht werden müsse. Sollte das Objekt jedoch als Ärztehaus erhalten bleiben, so werden nach seiner Ansicht die Mieten steigen.

Herr Dr. Scharfenberg fragt nach, ob die AOK, als ehemalige Eigentümerin des Ärztehauses, dieses explizit auch der LHP zum Kauf angeboten habe.

Herr Exner verneint dies und antwortet auf die Frage von Herrn Wollenberg, dass es rechtlich nicht möglich gewesen sei, den Verkauf vorab öffentlich zu machen. Anschließend gibt es keine weiteren Fragen zum Thema.

Inhalte des Demonstrationstrainings im Freiland Potsdam

Frau Dr. Seemann, Fachbereichsleiterin Kultur und Museum, stellt zu Beginn die Strukturen und den Hintergrund des Freilands Potsdam dar. Grundlage der Arbeit des Freilands sei ein Beschluss der Stadtverordnetenversammlung, der von einer breiten Mehrheit getragen wurde. Aktuell werde das Freiland mit 190.000 Euro im Jahr durch die Landeshauptstadt Potsdam gefördert. 48 Mieterinnen und Mieter seien aktuell auf dem Gelände ansässig. Das thematisierte Demonstrationstraining sei nicht durch das Freiland selbst, sondern durch den Landesverband Brandenburg der „Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken“ durchgeführt worden.

Frau Baneth, Vertreterin des brandenburgischen Landesverbands der Falken, berichtet über die im Demonstrationstraining vermittelten Inhalte. Es seien bei dem Training ausschließlich legale und friedliche Protestformen sowie der Umgang mit kritischen Situationen auf Demonstrationen behandelt worden. Weiter bittet Sie darum, solche Fragen zukünftig direkt an die Falken und nicht über die Presse zu stellen.

Herr Harder, Gesellschafter des Freilands Potsdam, betont, dass auf Grund der aufgetretenen Diskussion die gesamte Existenz des Freilands in Frage gestellt worden sei. Auch er bittet um eine direkte Kommunikation mit den Akteuren des Freilands und nicht zuerst über die Presse. Herr Harder weist darauf hin, dass das Thema bereits zusammen mit der Polizei im Jugendhilfeausschuss diskutiert worden sei. Das Training habe zur Vorbereitung der Jugendlichen auf kritische Situationen, die bei Demonstrationen auftreten könnten, gedient. Auch das Bündnis „Potsdam bekennt Farbe!“ habe bereits solche Trainings veranstaltet.

Herr Heuer unterstreicht die Wichtigkeit des Trainings für Jugendliche, die noch keine Erfahrungen mit Demonstrationen haben, gerade auch in Abgrenzung zu Gewalttätern.

Herr Kolesnyk spricht sich ebenfalls für die Sinnhaftigkeit des Trainings aus und wirbt für eine respektvolle Diskussion und einen direkten Kontakt zu den Vertretern des Freilands und der Falken. Diese stünden für inhaltliche Fragen gern zur Verfügung.

Herr Hohloch fragt erneut nach konkreten Inhalten des Trainings, welche Personengruppen das Training besuchten und ob die Teilnahme kostenfrei gewesen sei.

Im Anschluss daran entwickelt sich eine kontroverse Diskussion über das Demonstrationstraining, den G20-Gipfel in Hamburg und die damit

zusammenhängenden Ausschreitungen.

Abschließend geht Herr Finken noch einmal auf seine Intention ein, dass Thema auf die Tagesordnung setzen zu lassen. Es sei ihm darum gegangen, zu erfahren, welche Inhalte im Training tatsächlich vermittelt wurden. Diese Frage sei für ihn beantwortet worden.

Verständigung zum weiteren Vorgehen bei der Umsetzung des gefassten Beschlusses zur Biosphäre (DS 17/SVV/0370)

Herr Dr. Scharfenberg fragt, wie das Verfahren bezüglich des gefassten Beschlusses zur Biosphäre (DS 17/SVV/0370) vorbereitet und gestaltet werden soll. Herr Rubelt, Beigeordneter des Geschäftsbereichs Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt, antwortet, dass das Konzept dazu am 06.09.2017 im Hauptausschuss vorgelegt werden soll.

Herr Dr. Scharfenberg stellt fest, dass sich der Finanzausschuss am 19.07.2017 in der Biosphäre trifft und fragt, was an diesem Tag besprochen werden solle. Herr Finken antwortet, dass der Finanzausschuss ein Selbstbefassungsrecht habe und sich alle, für ihn relevanten Themen auf die Tagesordnung setzen könne. Herr Heuer unterstreicht dies und weist darauf hin, dass letztendlich der Hauptausschuss federführend sei.

Frau Schulze fragt, welche Vereine zur Beteiligung eingeladen werden sollen und bittet darum, weitere Vereine zu berücksichtigen. Herr Rubelt antwortet, dass die Werkstatt für Beteiligung den Prozess organisieren würde und weist noch einmal darauf hin, dass das Konzept zum konkreten Vorgehen am 06.09.2017 im Hauptausschuss vorgelegt werden soll.